Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer

Buchbesprechung - Frank Ahland: Der Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg (1903-1977)

01. September 2016, im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets

Ludwig Rosenberg war ein führender Gewerkschafter der Geburtsstunde der Einheitsgewerkschaften in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Von 1962 bis 1969 war er der fünfte Vorsitzende des DGB. Die Veröffentlichung der Biographie des Gewerkschafters Ludwig Rosenberg nach sieben Jahrzehnten Einheitsgewerkschaft DGB hat eine nicht nur besondere gewerkschaftshistorische Bedeutung sondern wirkt gleichermaßen bis in Gegenwart und Zukunft. Rosenberg ist es gelungen, die Gewerkschaften zu einer pluralistischen Demokratie zu öffnen und die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftspolitischen Gruppierungen zu fördern: insbesondere Arbeitgebern, Kirchen, Parteien, Verbänden sowie dem Staat auf allen Ebenen.

Rosenberg war „Spiritus Rektor“ des Düsseldorfer Grundsatzprogramms des DGB von 1963, der Hinwendung der deutschen Gewerkschaften zum „Aufbau einer sozial abgesicherten marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung“, eine Distanzierung von sozialistischen Wertvorstellungen und damit eine „Entdogmatisierung der gewerkschaftlichen Strategie“.

Allerdings musste er bei dieser Neuausrichtung von Programmatik und Strategie erhebliche Ernüchterungen und Rückschläge hinnehmen: insbesondere die Ungerechtigkeiten gravierenden Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die erheblichen Defizite bei der Wirtschaftlichen Mitbestimmung. Besonders enttäuscht war Rosenberg von der zunehmenden Macht der großen Konzerne, die sie skrupellos gegen die Arbeitnehmer und Regierungen einsetzten. Ein herber Rückschlag war der erstmalige Einsatz der Aussperrung von etwa 270 000 Arbeitnehmern im Tarifkonflikt mit der IGMetall in Baden Württemberg 1963. Hierbei gibt es viele Parallelen zwischen den Jahren von Ludwig Rosenberg als Vorsitzendem des DGB und den Nachfolgejahren bis heute. Die Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Macht der global agierenden Konzerne haben weiter gravierend zugenommen und die Spaltung in der Gesellschaft verschärft.

Rosenberg war an der Entwicklung der EU von Anfang an aktiv beteiligt; an Marschallplan, Schumann Plan, Montanunion, Monett-Komitee und schließlich den Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU, dessen Vorsitz er zeitweilig innehatte. Als einer der wenigen Juden, die zur damaligen Zeit in der jungen Bundesrepublik gesellschaftliche Spitzenpositionen

erreichten, setzte sich Rosenberg vor allem für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ein.

Ebenfalls enge Parallelen bis heute liegen in der Erfahrung Rosenbergs mit den Widersprüchen bei den wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen der Gewerkschaften für die Arbeitnehmer einerseits und der abnehmenden Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisation und Einsatz andererseits. Er musste ständig Konflikte bestehen, die Machtbalance zwischen Mitgliedsgewerkschaften und DGB auszutarieren. Schon zur damaligen Zeit war er mit den Anforderungen der konfrontiert, Personal und Kosten einzusparen. Hier gibt es besonders eindringliche Parallelen zum Verhältnis zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften in den Folgejahren- insbesondere dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie dem drastischen Rückgang der Mitglieder nach der Deutschen Einheit seit Mitte der 1990er Jahre.

Nach Überwindung der Finanzkrisen ab 2010 haben sich Wirtschaft, Beschäftigung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt zwar erheblich verbessert. Allerdings haben die Renten- und Arbeitsmarktreformen seit Anfang der 2000er Jahre zu einer drastischen Ausweitung von prekärer Beschäftigung, Niedriglöhnen und Langzeitarbeitslosigkeit geführt. Für die Gewerkschaften war dies lange Jahre mit einem weiteren Aderlass ihrer Organisation und finanziellen Mitteln verbunden. Davon können sie sich erst in den letzten Jahren erholen, allerdings mit erheblichen Unterschieden für die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften.

Die Ungleichgewichte in der Verteilung der vielfältigen Aufgaben des DGB einerseits und unzureichender finanzieller und personeller Ressourcen sowie mangelnder gewerkschaftspolitischer Kompetenzen andererseits haben sich seither erheblich verschärft,

Die Anzahl der Mitglieder und damit die finanziellen Ressourcen sind insbesondere nach der deutschen Einheit seit Mitte der 1990er Jahre erheblich geschrumpft. Die Zahl der Mitgliedsgewerkschaften hat sich von 16 auf 8 halbiert. Damit hat sich auch die Balance von gewerkschaftspolitischen Kompetenzen und Einfluss zu Gunsten der drei großen Mitgliedsgewerkschaften- IGMetall, Verdi und BCE- verschoben.

Die Gewerkschaften stehen nach sieben Jahrzehnten seit der Gründung des DGB vor lebens- und überlebenswichtigen Herausforderungen. Die Eckpfeiler des Sozialstaates- Tarifautonomie, Soziale Sicherung, humane Arbeit- haben nur dann eine Zukunft, wenn es gelingt, einen Paradigmenwechsel bei der Verteilung von Einkommen, Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Lebenschancen einzuleiten. Dabei gewinnen die europäische und internationale Dimension immer mehr an Bedeutung. Dazu ist ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften heute und in Zukunft mindestens so erforderlich wie vor 70 Jahren. Dies ist das wichtigste Vermächtnis von Ludwig Rosenberg für die Zukunft des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.